

In der Abteilung über die Grundlagen der Datenanalyse fehlt etwa ein Kapitel über bayesianische Verfahren, welche in den letzten Jahren in der Politikwissenschaft an Popularität gewonnen haben. Auch vermisst man in der Abteilung über die Analyse von Querschnittsdaten eine Diskussion von Discrete-Choice-Modellen, wie dem Nested-Logit- und dem Multinomial Probit-Modell, und in der Abteilung über die Analyse von zeitbezogenen Daten ein Kapitel über die Analyse multipler paralleler Zeitreihen („time series cross sections“), wie sie für die vergleichende politische Ökonomie wichtig ist. Schließlich hätte dem Handbuch auch die Berücksichtigung von räumlichen Regressionsmodellen nicht geschadet.

Trotz der besagten Einschränkungen und Ungenauigkeiten ist das Buch dennoch Politikwissenschaftlern in der Wahl- und Einstellungsforschung zu empfehlen, die sich einen Überblick über die ihnen zur Verfügung stehenden Verfahren der Datenanalyse und ihre mathematisch-statistischen Grundlagen verschaffen wollen. Für die meisten dieser Verfahren werden sie nicht nur eine knappe Einführung finden, sondern für die vertiefende Lektüre auch wertvolle Hinweise auf weiterführender Literatur.

Martin Elff

VERGLEICHENDE POLITIKFORSCHUNG

Bochsler, Daniel. *Territory and Electoral Rules in Post-Communist Democracies*. Houndsmill, Basingstoke. Palgrave Macmillan 2010. 224 Seiten. 74,99 €.

Gängige theoretische Erwartungen hinsichtlich der Auswirkung von Wahlsys-

temen auf die Anzahl politischer Parteien haben, angewandt auf junge Demokratien im postkommunistischen Osteuropa, ein persistentes empirisches Rätsel aufgegeben. So zeichnen sich insbesondere westeuropäische Länder mit Verhältniswahlrecht oft dadurch aus, dass dort zahlreiche, im Parlament vertretene Parteien entstehen. In einigen osteuropäischen Ländern hingegen, die nach der Transformation das Verhältniswahlrecht eingeführt haben, ist die Anzahl der parlamentarischen Parteien eher gering. Dieser Beobachtung geht *Daniel Bochslers* in seinem Buch nach. Hierzu untersucht er zwanzig postkommunistische Staaten über einen Zeitraum von achtzehn Jahren (1990-2007). In theoretischer Hinsicht verortet der Autor seine Untersuchung innerhalb der verhältnismäßig neuen Forschungsperspektive zum Nationalisierungsgrad von Parteien. Arbeiten, die auf dem Konzept der Parteiennationalisierung basieren, rücken die territoriale Homogenität der Wählerunterstützung für die jeweiligen Parteien in das Zentrum ihrer Betrachtung. Hierbei gehen sie der Frage nach, ob und bis zu welchem Grad sich die von Parteien in den Einheiten eines nationalen Wahlgebiets erzielten Stimmenanteile unterscheiden. Je ähnlicher der Stimmenanteil ist, den Parteien in den verschiedenen Einheiten des Wahlgebiets erzielen, desto nationalisierter sind sie.

Das Buch verbindet durchgehend theoretische Argumente mit empirischen Illustrationen. In Kapitel 2 stellt der Autor nochmals detaillierter das der Analyse zugrunde liegende empirische Rätsel vor. Die Ausführungen zeigen, dass sich die Parteiensysteme in den postkommunistischen Staaten teilweise stark voneinander unterscheiden und

nicht, wie in den westeuropäischen Staaten, auf verschiedene Wahlsysteme zurückzuführen sind. Hieraus folgert *Bochsler*, dass es bisherige Forschungsarbeiten zu osteuropäischen Parteiensystemen versäumt haben, bei der Spezifizierung ihrer Erklärungsmodelle alle relevanten Variablen zu berücksichtigen. Eine dieser bislang kaum analytisch erfassten Variablen ist der Nationalisierungsgrad der Parteien, dessen Messung ausführlich in Kapitel 3 diskutiert wird. Nach einer Bewertung der unterschiedlichen, in der Literatur gängigen Indikatoren stellt der Autor den vom ihm entwickelten standardisierten Parteiennationalisierungswert vor. Dieser gibt an, welchen Wert der Indikator hat, wenn die Daten sich jeweils auf exakt zehn territoriale Berechnungseinheiten beziehen würden. Auf der Grundlage der standardisierten Einzelwerte der Parteien wird dann der standardisierte Parteiennationalisierungswert eines Parteiensystems berechnet.

Die tatsächliche Ausprägung der Parteiennationalisierung in Osteuropa wird in Kapitel 4 illustriert. Der wichtigste Befund dieses deskriptiven Analyseschrittes ist, dass Nationalisierung keine unmittelbare Folge des Zentralisierungsgrades einer Regierung ist, sondern in erster Linie durch die ethnische Struktur und Sperrklauseln für Parlamentswahlen erklärt werden kann. Anschließend werden die osteuropäischen Wahlsysteme näher bestimmt. Hierbei fällt auf, dass viele Länder im Zuge der Transformation ein so genanntes gemischtes Wahlrecht, wie beispielsweise das personalisierte Verhältniswahlrecht in Deutschland, eingeführt haben. Die Charakteristika dieser gemischten Wahlsysteme werden in Kapitel 5 diskutiert. Hierbei erklärt

der Autor, dass eine Annäherung an Verhältniswahlsysteme nur dann erfolgt, wenn eine substanzielle Anzahl von Sitzen für Kompensationszwecke zugewiesen wird. In diesem Zusammenhang kann das Parteiensystem vor allem dann die typischen Eigenschaften eines Verhältniswahlsystems, also das Vorhandensein vieler Parteien, aufzeigen, wenn der Grad der Nationalisierung, die Wählervolatilität und die strategische Parteienkoordination hoch sind. Wenn es den politischen Akteuren jedoch darum geht, ihren Sitzanteil im Parlament zu maximieren und zudem keine ausgeprägten Konfliktlinien existieren, dominieren die Merkmale von Mehrheitswahlsystemen. Das Erklärmodell wird in Kapitel 6 systematisch getestet. Es vereint die Effekte von Variablen, die sich auf die Merkmale von Wahlsystemen beziehen, als auch das Ausmaß der Parteiennationalisierung. So führen kleine Wahlkreise dann zu einer Konzentration des Parteiensystems, wenn der Nationalisierungsgrad hoch ist. Allerdings ist der Nationalisierungsgrad nicht für alle Konfigurationen relevant. Beispielsweise ist der Einfluss von Sperrklauseln direkt und benötigt keine Interaktion mit dem Nationalisierungsgrad, um zu einer Konzentration des Parteiensystems zu führen. Abschließend werden in Kapitel 7 die wichtigsten theoretischen und empirischen Befunde der Untersuchung nochmals zusammengefasst.

Insgesamt legt *Daniel Bochsler* mit seinem Buch eine wissenschaftlich fundierte Studie vor, die ein innovatives theoretisches Argument mit einer überzeugenden empirischen Analyse verbindet, um den osteuropäischen Sonderfall hinsichtlich der Entstehung von Parteiensystemen besser zu erklären. Der Theorierahmen wird im Verlauf des Bu-

ches schrittweise und nachvollziehbar aufgebaut und dem Leser auf eine verständliche Weise näher gebracht, was auch der klaren sprachlichen Gestaltung zu verdanken ist. Für fortgeschrittene Leser, etwa Doktoranden und Forscher, ist das Buch uneingeschränkt empfehlenswert und eine wertvolle Ergänzung zu anderen wichtigen Studien, die sich mit Parteiensystemen in Osteuropa beschäftigen. Allerdings ist das Buch durch seine konzise Argumentationsstruktur weniger als Einstiegswerk geeignet. Zwar illustriert der Autor einzelne interessante Fälle, wie beispielsweise die Parlamentswahlen in Albanien im Jahr 2005, in detaillierter Form, bleibt aber hierbei stets seiner spezifischen Forschungsfrage treu, wodurch dem Leser nicht alle relevanten institutionellen Charakteristika vermittelt werden können. Ein weiterer kleiner Schwachpunkt ist, dass die Studie kaum Anstöße für weitere Forschungsarbeiten gibt, was aber gerade im Hinblick auf das Zielpublikum wünschenswert gewesen wäre. Diese marginalen Einschränkungen schmälern jedoch in keiner Weise die Vorzüge dieses Buches, das die Besonderheiten der postkommunistischen Parteiensysteme für ein breites Ländersample ein Stück weit zu entschlüsseln vermag.

Jale Tosun

Samuels, David J., und Matthew S. Shugart. *Presidents, Parties and Prime Ministers: How the Separation of Powers Affects Party Organization and Behavior*. Cambridge. Cambridge University Press 2010. 310 Seiten. 19,60 €.

Funktionieren Parteien unterschiedlich unter Parlamentarismus, Präsidentialis-

mus und Semi-Präsidentialismus? Dieser Frage gehen *David Samuels* und *Matthew Shugart* im vorliegenden Buch nach. Sie untersuchen, wie sich Regierungssysteme auf Strukturen von Parteien auswirken: Wie unterscheiden sich parteiinterne Delegationsprozesse? Wie beeinflusst die Direktwahl der Exekutive ihre parteiinterne Auswahl und Kontrolle? Und welchen Einfluss hat das Regierungssystem auf die Repräsentation parteipolitischer Inhalte? Ihr grundlegendes Argument ist dabei folgendes: Die getrennte Wahl von Exekutive und Legislative und deren gegenseitige Unabhängigkeit in präsidentiellen Systemen fördern speziell präsidentialisierte Parteien. Diese zeichnen sich durch eine weitreichende Unabhängigkeit und eigenständige Position der Parteiführung gegenüber der Parteibasis aus. Präsidentialisierte Parteien treten aber nicht nur vermehrt in präsidentiellen Systemen auf, sondern sind auch in semi-präsidentiellen Systemen wahrscheinlich, da sich Parteien bei einer dualen Exekutive auf das direkt gewählte Präsidentenamt fokussieren. In parlamentarischen Systemen spiegelt die interne Struktur der Parteien in entgegengesetzter Richtung die Struktur des Regierungssystems wider: Die Führung geht aus der Mitte der Partei hervor und bleibt von ihr abhängig.

Die Autoren wählen für ihre Analyse die Prinzipalagententheorie. Da bestimmte Aufgaben, wie die Vertretung der Partei in der Regierung, delegiert werden müssen, entstehen innerhalb der Parteien Delegationsprobleme. Diese Probleme betreffen sowohl die Auswahl als auch die Kontrolle der Führung und sind laut *Samuels* und *Shugart* in parlamentarischen Systemen natürlicherweise relativ klein. So-